

**Freie  
Demokraten**

**FDP Ruhr**

# Ruhrprogramm 2020

Positionen des Bezirksverbandes Ruhr  
zur ersten Direktwahl des RVR-Ruhrparlaments



## Die Metropole Ruhr – Raum für Ideen und Vielfalt

Die Metropole Ruhr ist neben Paris und London der größte Ballungsraum in Europa. 11 kreisfreie Städte und 4 Landkreise auf 4.435 Quadratkilometer bilden die Heimat für rund 5,1 Millionen Menschen und damit rund 6 % der Bevölkerung Deutschlands.

Die Metropole Ruhr muss zukünftig die Wettbewerbsvorteile nutzen, die sich aus der Überwindung des Kirchturmdenkens und der Konzentration auf gemeinsame Entwicklungsziele ergeben. In der heutigen Industrie-, Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft bestimmt die Digitalisierung weite Teile unseres Lebens und Handelns. Hier liegen große Potentiale für eine regionale Steuerung durch den Regionalverband Ruhr.

Die FDP sieht im neu zu wählenden Ruhrparlament den Motor für diese Weichenstellungen in allen Teilen der Region. Die bestehenden Kulturräume im Regionalverband Ruhr, Kernruhrgebiet, Teile des Westmünsterland, des Niederrhein, der Hellwegbörde, des Sauerlandes, des Niederbergisch-Märkischen Landes bis zur Rheinschiene müssen ihre Identität bewahren und ihre Potentiale ausschöpfen. Sie bilden die Vielfalt unserer Region. Jedoch gerade aus dieser Vielfalt entsteht die regionale Identität, die die Grundlage für die gemeinsame Entwicklung und die zukünftige Handlungsfähigkeit des Regionalverbandes Ruhr darstellt.

### 1. Die Metropole Ruhr – Für eine starke regionale Vertretung mit modernen Strukturen

Zum ersten Mal in der Geschichte des Ruhrgebietes wählen die Menschen ihr Ruhrparlament selbst direkt in einer eigenen Wahl. Die FDP hat sich in der Geschichte des Ruhrgebietes immer dafür eingesetzt, unsere Region mit ihren wirtschaftlichen, kulturellen, sportlichen und bildungspolitischen Potentialen als Ganzes im Wettbewerb der Metropolen in Deutschland und Europa zu sehen. Die Chancen, die sich aus dem gemeinsamen Gestalten und Handeln der Bürgerinnen und Bürger sowie aller Verbände, Kammern und kommunalen Vertreter für die Entwicklung unseres Raumes in der Zukunft ergeben, sind groß und müssen durch ein starkes Ruhrparlament gebündelt und für die Region genutzt werden. Gerade in Zeiten zunehmender Globalisierung und dem Wandel in der politischen Landschaft muss der Regionalverband Ruhr zum wirklichen Sprachrohr der Region werden.

## **Direktwahl auch für die Spitze des Verbandes**

Die Region braucht daher eine starke politische Vertretung, um neben den Kernfunktionen der staatlichen Steuerung, wie zum Beispiel der Regionalplanung, auch die Aufgaben des ÖPNV, der Abfallwirtschaft, der Freiraum- und Umweltpolitik, der Kultur sowie der Bildung und Wissenschaft, innovativ und zukunftsfähig mit zu gestalten. Daher müssen die Städte und Kreise in diesen wichtigen Fragen der Entwicklung gemeinsam handeln und lenken. Befürchtungen der Städte und Gemeinden über mögliche Autonomieverluste müssen überwunden werden. Regionale Stärke geht nicht zu Lasten der lokalen Akteure, sondern bildet die Grundlage für zukunftsfähige Strategien und gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Erfolg. Die FDP sieht in der Selbststeuerung der Region durch die Beteiligten und einer starken politischen Vertretung auch an der Spitze der regionalen Verwaltung die Zukunft für die Ausschöpfung der Potentiale in allen gesellschaftlichen Bereichen. Daher sollte neben dem Ruhrparlament auch die Spitze des Verbandes in Zukunft durch eine eigene Direktwahl durch die Bürgerinnen und Bürger den Stellenwert erhalten, den sie für die Vertretung der Region in allen Bereichen braucht. Mit der ersten Direktwahl haben die Menschen im Ruhrgebiet zum ersten Mal die Chance, aktiv daran mitzugestalten und ihre gewählten Vertreterinnen und Vertreter in die politische Verantwortung zu nehmen.

## **Kommunalrat abschaffen, Ruhrparlament als Stimme der Region stärken**

Darüber hinaus lehnt die FDP den aus den Oberbürgermeistern und Landräten bestehenden Kommunalrat in seiner jetzigen Form ab. Er ist intransparent und lädt zu Absprachen ein – an allen gewählten demokratischen Gremien vorbei. Die Region braucht kein Zweikammersystem in ihrer politischen Vertretung – weder nach innen, noch nach außen. Die FDP spricht sich dafür aus, in Zukunft das Ruhrparlament als die Stimme der Region zu stärken und sie als die regionale Vertretung der Bürgerinnen und Bürger im Ruhrgebiet zu machen.

## **Neue Herausforderungen der regionalen Entwicklung**

Die Metropole Ruhr steht vor neuen Herausforderungen ihrer regionalen Entwicklung. Dies wird exemplarisch bei der Sicherung der individuellen Mobilität deutlich. Durch die immer mehr zunehmenden Pendlerverflechtungen in der Region bildet häufig die Gemeinde und Stadt nur noch den Raum für den privaten Rückzug. Längst nehmen die Menschen die Region als ihren kulturellen und wirtschaftlichen Lebens- und Arbeitsraum wahr. Diese intensiven Verflechtungen stellen für die Region neue Herausforderungen an die Mobilität dar. Verknüpfungen zwischen den einzelnen Verkehrsträgern sollten barrierefrei gestaltet werden. Die Anbindung der ländlichen Bereiche der Region an die

1 Kernzone des Ruhrgebietes muss im ÖPNV, SPNV und im Individualverkehr  
2 attraktiv gestaltet werden. Divergierende Verkehrsverbünde stellen nicht die  
3 Zukunft im ÖPNV dar. Die FDP setzt sich daher für einen ideologiefreie, moderne  
4 Mobilität und Verkehrsinfrastruktur in allen Verkehrssystemen und gegen  
5 Fahrverbote ein.

## 6 7 **2. Die Metropole Ruhr – Für eine zukunftsfähige räumliche Entwicklung in** 8 **der Region**

9  
10 Zum ersten Mal seit den 60iger Jahren liegt für die Region Ruhrgebiet ein  
11 einheitlicher Regionalplan vor. Somit geht eine lange Forderung der FDP in  
12 Erfüllung, die Region planerisch ganzheitlich zu betrachten. Durch das  
13 Ruhrgesetz hat der RVR endlich die planerische Kompetenz erhalten, die für  
14 einen so großen Ballungsraumes notwendig ist, sich mit den vielfältigen  
15 Anforderungen an die räumliche Entwicklung auseinanderzusetzen. Neben dem  
16 Regionalplan wurde zum ersten Mal in der Regionalplanung auch ein  
17 Handlungsprogramm aufgestellt, das die mannigfaltigen Projekte und Ideen  
18 innerhalb der Region bündelt und den Akteuren für zukünftige Planungen und  
19 Leitbildern zur Verfügung steht.

20  
21 Die FDP hat diesen Prozess konstruktiv mitgestaltet und sich in vielen Gremien  
22 fachlich in dem Verfahren eingebracht. Auf Betreiben der FDP wird das  
23 Handlungsprogramm in Form von offenen Diskussionsforen einer ständigen  
24 Evaluation unterzogen, die es ermöglicht, die Menschen in der Region in den  
25 weiteren Entwicklungsprozess einzubeziehen, sie zu weiteren Akteuren zu  
26 machen. Dies stiftet Identität und schafft ein positives Heimatgefühl in der Region,  
27 ohne sich abzugrenzen und die Basis, zukünftigen Entwicklungen die notwendige  
28 Offenheit entgegenzubringen.

## 29 30 **Regionalplan kein starres Instrument der Entwicklung**

31  
32 Die FDP sieht jedoch in dem Regionalplan kein starres Instrument in der  
33 regionalen Entwicklung. Die Städte und Gemeinden brauchen für ihre  
34 Entwicklung Möglichkeiten der räumlichen Entfaltung und Offenheit für neue  
35 Modelle baulicher und freiräumlicher Planungen. Die Möglichkeiten,  
36 Flächenentwicklungen im interkommunalen Diskurs zu planen und  
37 Flächeninanspruchnahme mit anderen Städten und Gemeinden in Abstimmung  
38 mit der Regionalplanung zu kompensieren, müssen genutzt werden. Der  
39 Regionalverband als Klammer räumlicher Entwicklung muss die Interessen der  
40 Städte und Gemeinden wahren und sie positiv in ihrer Stadtentwicklung begleiten.

## **Flächenausweisungen im Regionalplan müssen marktfähig und bezahlbar sein**

Die FDP setzt sich dafür ein, regionale Schwerpunkte der wirtschaftlichen Flächenentwicklung in Abstimmung mit der BMR (Business Metropole Ruhr), den Wirtschaftsverbänden sowie den Städten und Gemeinden zu setzen. Die geplanten regionalen Kooperationsstandorte für großflächige gewerbliche und industrielle Ansiedlungen sind ein erster Schritt. Für die FDP sind jedoch die Verfügbarkeit und die Marktfähigkeit von Flächen dabei von entscheidender Bedeutung. Siedlungs- und Gewerbeflächen im Regionalplan, die dauerhaft einer planerischen Entwicklung entgegenstehen, belasten die Potentiale der Städte und Gemeinden und stehen einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung entgegen. Dies führt zu Verwerfungen und vermindert die Wettbewerbsvorteile der Region. Die Regionalplanung muss daher offen sein für Veränderungen der Flächenentwicklung.

Die Region braucht aber für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung nicht nur verfügbare, sondern auch bezahlbare Flächen. Die FDP setzt sich daher dafür ein, in Abstimmung mit der BMR und den kommunalen Wirtschaftsförderern Anforderungsprofile an den Standard der Flächen zu entwickeln, die es den unterschiedlichen Investoren und Wirtschaftsunternehmen ermöglicht, ihre Planungen zügig und zeitnah umzusetzen. Neben der Verfügbarkeit und Marktfähigkeit spielt daher die zeitliche Dimension bei der Entwicklung von Flächen eine erhebliche Rolle. Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten sind Planungsprozesse zu beschleunigen. Dabei sind für die FDP auch Gesetzesinitiativen zur Änderung des häufig sehr starren deutschen Planungsrechtes nicht ausgeschlossen.

## **Flächen für Gewerbe: Gegen die Platznot im Ruhrgebiet**

Die Stadt Bochum konnte eine Erfolgsgeschichte schreiben, weil das 70 Hektar große Opel-Gelände nach dem Ende der Autoproduktion erst gar nicht ungenutzt blieb und der Autokonzern sich selbst in der Entwicklungsgesellschaft einbrachte. Bei vielen Industriebrachen, insbesondere im Bergbau, sind die Eigentumsverhältnisse ungeklärt und die Sanierung der Flächen bzw. Böden äußerst kostspielig. Ohne Mittel von Bund und EU wird es schwer, diese Kosten zu stemmen. Die Flächenknappheit ist deshalb ein zentrales Thema der Ruhrkonferenz. Im Ruhrgebiet können wir es nicht zulassen, interessierte Investoren aus Platznot nach Hause zu schicken. Der RVR braucht eine Strategie, wie vor Ort Flächen erworben und saniert sowie dafür Fördermittel aus Berlin oder Brüssel verfügbar werden können. Die Unterstützung bei der Nutzung ehemaliger Industrieflächen (Flächenrecycling) muss ausgebaut werden. Insbesondere in Mülheim, Hagen, Herne und Bottrop stehen besonders wenige

1 Flächen zur Verfügung. Im gesamten Ruhrgebiet sind über die Hälfte der Areale  
2 mit zum Teil schwerwiegenden Restriktionen belegt. Damit sind Altlasten, aber  
3 auch fehlende Kanalisation und schlechte Anbindungen an Straßennetze,  
4 gemeint.

5  
6 Das Ruhrgebiet ist eine sehr verdichtete Region, es muss aber trotzdem möglich  
7 sein, Flächen für die Weiterentwicklung von Betrieben zur Verfügung zu stellen.  
8 Ansonsten droht die Situation, dass das das Ruhrgebiet weiter abgehängt wird  
9 und sich Unternehmen alternative Standorte suchen.

### 10 11 **Kommunen bei der Entwicklung von Wohnbauflächen stärken**

12  
13 Die Region braucht neben den Wirtschaftsflächen auch verfügbare Flächen für  
14 die Entwicklung von Wohnungsbau. Die FDP begrüßt ausdrücklich die  
15 Erleichterungen im LEP (Landesentwicklungsplan), die Städte und Gemeinden  
16 nicht durch starre Größenordnungen in der Entwicklung von Flächen zu  
17 begrenzen. Die Abschaffung des sogenannten 5-Hektar-Zieles ist daher ein  
18 wesentlicher Schritt. Die Region muss auf Ansiedlungen und Zuzug von neuen  
19 Bürgerinnen und Bürgern durch Schaffung zusätzlicher Wohnbauflächen zeitnah  
20 reagieren können. Die FDP setzt sich daher ebenfalls dafür ein, die  
21 planungsrechtlichen Möglichkeiten des BauGB (Baugesetzbuch) in den Städten  
22 und Gemeinden unter Beteiligung der staatlichen Regionalplanung zu nutzen. Der  
23 RVR darf nicht zum Blockierer kommunaler Entwicklung werden, sondern muss  
24 die Städte und Gemeinden in ihrem Entwicklungsprozess unterstützen. Dies führt  
25 dauerhaft zu einer stärkeren Bindung an die Region und zu einer positiven  
26 regionalen Identität.

### 27 28 **Regionale Grünzüge mit den Kommunen diskutieren**

29  
30 Die regionalen Grünzüge sind für die Region ein wichtiges Instrument zur  
31 Erhaltung von Natur und Landschaft. Sie dürfen aber nicht zu einem starren  
32 Korsett in der kommunalen Bauleitplanung werden. Die FDP spricht sich daher  
33 für einen offenen Prozess in den Städten und Gemeinden aus, die damit  
34 verbunden Ziele der Regionalplanung mit der Bevölkerung zu diskutieren und  
35 neue Möglichkeiten für die Gestaltung ökologisch sinnvoller Grünzüge zu  
36 entwickeln.

### 37 38 **IGA 2027 als Chance für die Region**

39  
40 Die FDP sieht in der Planung der Internationalen Gartenausstellung IGA 2027 ein  
41 großes Potential für die räumliche Entwicklung. Die Chancen für die Region, mit  
42 der Unterstützung der nordrhein-westfälischen Landesregierung modellhaft neue  
43 Ideen in der Freiraumnutzung zu entwickeln, sind erheblich. Daneben sind die

1 Begleiteffekte für die Planung neuer Mobilitätsformen und Modelle nicht zu  
2 unterschätzen. Der RVR muss daher dieses Projekt in den Städten und  
3 Gemeinden positiv begleiten. Die FDP regt daher an, den weiteren  
4 Planungsprozess durch eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit mit den  
5 Bürgerinnen und Bürgern zu begleiten. Regionalplanerische Festsetzungen  
6 müssen offen sein für die Planungen im Rahmen der IGA 2027.

7  
8 Räumliche Entwicklung in einer Region muss auch der Schaffung einer eigenen  
9 Identität dienen. Die unterschiedlichen Landschaftsräume sind in ihrer  
10 Eigenartigkeit zu stärken und zu unterstützen und die wirtschaftlichen,  
11 touristischen und kulturellen Potentiale ausschöpfen. Bestehende Einrichtungen  
12 wie die Route der Industriekultur und der Emscher Landschaftspark dienen dieser  
13 Identität und haben daher eine große Bedeutung für die Region.

### 14 15 **3. Die Metropole Ruhr – Neue Ideen, neue Chancen und neue Perspektiven** 16 **für die Wirtschaft in unserer Region**

17  
18 Die Herausforderungen für die Entwicklung des Ruhrgebiets haben immer auch  
19 Auswirkungen auf die Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen insgesamt. Das  
20 Ruhrgebiet kann mit dem wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland offenbar  
21 deutlich weniger mithalten als bisher angenommen. Das stellt das Institut der  
22 deutschen Wirtschaft in einer Studie fest. In keiner anderen deutschen  
23 Metropolregion arbeiteten so wenige Frauen, und nirgends sei die Arbeitslosigkeit  
24 so hoch. Außerdem sei an keinem Ort die Infrastruktur so marode und werden so  
25 wenige neue Unternehmen gegründet.

26  
27 Es gibt dabei vieles, was das Ruhrgebiet zur Verbesserung der Situation selbst  
28 leisten kann. Die FDP will, dass die Menschen im Ruhrgebiet wieder mehr Mut  
29 fassen, Unternehmen gründen, den Schritt in die Selbständigkeit wagen und  
30 Arbeitsplätze schaffen, und dass die Metropole Ruhr für nationale und  
31 internationale Investoren attraktiv wird und sich Unternehmen ansiedeln. Ziel  
32 muss es sein, gut bezahlte Industriearbeitsplätze im Ruhrgebiet zu halten und  
33 weitere zu gewinnen.

34  
35 Junge Startup-Unternehmen zieht es immer häufiger ins Ruhrgebiet. Dabei  
36 schätzen sie insbesondere die digitale Infrastruktur und die Nähe zu den  
37 Universitäten. Die meisten Startups leiden allerdings laut einer Studie unter dem  
38 Mangel an qualifiziertem Personal, aber auch an fehlenden attraktiven Immobilien  
39 in einem ansprechenden Umfeld. Doch zumindest kommt die lange Zeit  
40 hinterherhinkende Gründerszene im Ruhrgebiet deutlich in Fahrt. Diese  
41 Entwicklung gilt es zu forcieren.

## 1 **Einrichtung einer Innovationszone Metropole Ruhr**

2  
3 Der Strukturwandel im Ruhrgebiet stockt. Trotz der Zunahme von Arbeitsplätzen  
4 in der IT- und der Kreativwirtschaft konnte nicht verhindert werden, dass in den  
5 meisten Städten des Ruhrgebiets überdurchschnittliche Arbeitslosenquoten die  
6 Regel sind. Das Festhalten an alten Strukturen ist emotional nachvollziehbar, hat  
7 aber häufig den Blick auf neue Ideen versperrt. Das Ruhrgebiet muss daher  
8 innovativer werden. Das Ruhrgebiet hat gegenüber anderen Regionen einen  
9 immensen wirtschaftlichen Aufholbedarf. Die Metropole Ruhr muss wieder an der  
10 Spitze der europäischen Wirtschaftsregionen stehen. Dafür braucht es  
11 unkonventionelle Maßnahmen:

12  
13 Wie bei den Verkehrsprojekten zur Deutschen Einheit zu Beginn der 90er Jahre  
14 müssen Klagemöglichkeiten gegen Infrastrukturprojekte wie Straßen und  
15 Schienen und neue Gewerbegebiete auf nur eine Instanz verkürzt werden.  
16 Vergleichbares plant die Kohlekommission für die Braunkohlereviere, eine solche  
17 Regelung ist auch für das Ruhrgebiet überfällig. Zudem setzt sich die FDP für  
18 eine Reform des Verbandsklagerechts ein. Vielmehr sollten  
19 Schwerpunktstaatsanwaltschaften betroffenen Bürgern eine geeignete Plattform  
20 bieten, um gegen infrastrukturelle Maßnahmen einschreiten zu können. Die  
21 Instrumentalisierung von Verbänden als aktive Kläger lehnen wir auf Basis  
22 zahlreicher destruktiver Beispiele aus der Vergangenheit ab. Die Unterstützung  
23 bzw. die Vorbereitung von Klagen könnte vielmehr Aufgabe von Verbänden sein.

## 24 **Aufbruch zu einer neuen Gründungsdynamik – Gründerzeit.Ruhr**

25  
26  
27 Neue Unternehmen sind Wachstumsgaranten. Die Ursachen für die geringe  
28 Gründungsbereitschaft haben die IHKs in Nordrhein-Westfalen erstmals 2017 in  
29 einer gemeinsamen Studie untersucht. Die mehreren tausend befragten Gründer  
30 sehen Probleme insbesondere bei den bürokratischen Hemmnissen (44 Prozent),  
31 der Steuergesetzgebung (30 Prozent) und der Gründungsfinanzierung (17  
32 Prozent). Mehr als jeder zweite Gründer bescheinigt Nordrhein-Westfalen ein  
33 positives Gründungsklima. Eine Forderung ist, das Verständnis für  
34 unternehmerisches Handeln durch einen intensivierten Dialog zwischen  
35 Unternehmern sowie Schulen, Hochschulen und Verwaltungen zu verbessern.  
36 Weiter müssen Angebote geschaffen werden, um Startups sowie kleinere und  
37 mittlere Unternehmen besser miteinander zu verknüpfen. Großkonzerne sind  
38 schnell offen für Kooperationen mit Startups. Dies muss jedoch in Zukunft auch  
39 für die kleineren und mittelständischen Betriebe zur Regel werden. Das  
40 Ruhrgebiet kämpft noch mit seinem strukturellen Wandel. Deshalb ist gerade eine  
41 starke Gründungsdynamik besonders wichtig.



1 Die FDP hat sich daher zum Ziele gesetzt, in Zusammenarbeit mit den Kammern  
2 für Handwerksbetriebe und Unternehmen aller Art eine regionale Betriebsbörse  
3 einrichten, die nicht an den Grenzen der Kammerbezirke endet. So sollten  
4 Meister- und Meisterinnen sowie angehende Unternehmer und Kaufinteressenten  
5 einen schnellen Überblick über zum Kauf anstehende Unternehmen im  
6 Ruhrgebiet erhalten.

7  
8 Die FDP will Inkubatoren für Gründer aus den Bereichen IT-Sicherheit, Logistik,  
9 Maschinenbau, Chemie, Biotechnologie, Robotik, Medien, E-Mobility, Energie  
10 und Handel schaffen. Die Gründer werden von Gruppen von Fachleuten aus  
11 Unternehmen und Wissenschaft ausgewählt und müssen nur über 15 Prozent  
12 ihres Startkapitals verfügen. Der Rest des für Investitionen benötigten Kapitals  
13 soll über einen zu schaffenden Fonds der NRW.BANK als Darlehen bereitgestellt  
14 werden. Im Falle des Erfolgs muss das Darlehen zurückgezahlt werden. Im Falle  
15 einer Insolvenz des Start-Ups müssen lediglich 80% der zur Verfügung gestellten  
16 Fördergelder in Form des Einfließens in die Gläubigermasse zurückgezahlt  
17 werden. Die gänzliche Übernahme des Risikos durch den Steuerzahler lehnen  
18 die Freien Demokraten ab. Unternehmen sollen zudem dafür gewonnen werden,  
19 in die Inkubatoren zusätzlich zu investieren. Initiativen der Gründerszene an der  
20 Ruhr müssen noch besser vernetzt werden.

21  
22 Ferner müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden, um Gründungen  
23 durch Migranten zu erleichtern. Wissen über das deutsche Rechts- und  
24 Wirtschaftssystem sollten gerade in der Region von Lippe, Ruhr und Emscher als  
25 weiterer Bestandteil von Integrationskursen vorgesehen werden, um die  
26 Grundlage für gründungswillige Menschen mit Migrationshintergrund zu bilden.

### 27 28 **Fachkräftemangel in der Region entgegentreten**

29  
30 Stellen bleiben in vielen Branchen lange unbesetzt. Nicht nur einzelne IHK-  
31 Vertreter zeigen Sympathie für einen Vorschlag der IG Metall: Unternehmen im  
32 Ruhrgebiet sollten motiviert werden, Mitarbeiter untereinander auszutauschen,  
33 um Kompetenzen zu vergrößern und auf diese Weise auch Konjunkturzyklen  
34 auszugleichen.

### 35 36 **Welcome.Ruhr stärken durch Ausbau eines Lotsensystems**

37  
38 Das Ruhrgebiet ist international, hier leben Menschen aus über 100 Nationen. Die  
39 FDP begrüßt daher das Projekt Welcome.Ruhr. Das bestehende Angebot der  
40 „Welcome guides“ muss in Form eines Lotsensystem ausgebaut werden, das  
41 internationalen Unternehmen und Mitarbeitern Muttersprachler als  
42 Ansprechpartner bietet, die bei den ersten Schritten im Ruhrgebiet behilflich sind,

1 Land und Leute erklären und bei Behördengängen und anderen Alltagsarbeiten  
2 den neuen Revierbürgern zur Seite stehen.

### 4 „Smart Factory“ als Chance für das Handwerk nutzen

6 Wir benötigen auch im Ruhrgebiet Strategien zur Stärkung des mittelständischen  
7 Handwerks (während im Land auf tausend Einwohner 11,4 Handwerksbetriebe  
8 kommen, sind es lediglich 8,6 im Ruhrgebiet). Für die Stärkung des Handwerks in  
9 unserer Region ist es zwingend erforderlich, dass die Wirtschaftsförderer in den  
10 Städten und beim RVR die Potentiale des Handwerks für die regionale Wirtschaft  
11 und die Beschäftigung optimieren und eine gemeinsame Strategie entwickeln und  
12 koordinieren. In einem Projekt "Smart Factory" sollen in Kooperation mit einem  
13 Kammerbezirk von IHK bzw. Handwerkskammer im Ruhrgebiet Qualifikationen  
14 für das digitale Zeitalter vermittelt werden.

### Regionale Wirtschaftsförderung stärken

18 Das Ruhrgebiet braucht eine starke regionale Wirtschaftsförderung. Um offensiv  
19 arbeiten zu können, muss die Business Metropole Ruhr GmbH ihr übertragene  
20 Grundstücke und Büroimmobilien selbstständig vermarkten können. Die aktuelle  
21 Kampagne des Ruhrgebiets wird den Anforderungen einer Investorenkampagne  
22 nicht gerecht. Die FDP fordert eine auf Entscheider der Wirtschaft zugeschnittene  
23 moderne Kampagne, die mit den realen Stärken und Chancen der Region wirbt  
24 und nicht gewünschte politisch korrekte Standortträume vermarktet. Moderne  
25 Wirtschaftsförderung schafft und unterstützt Netzwerke und koordiniert die  
26 wichtigen Ansiedlungen in der Region.

## 4. Die Metropole Ruhr – Für eine digitale Offensive in einer starken Region

30 Schon heute durchzieht die Digitalisierung viele Bereiche unseres Lebens. Sie ist  
31 zu einem festen Bestandteil unseres Alltags geworden. Dies ist ein Prozess, der  
32 immer weiter voranschreitet. In den vergangenen Jahren hat sich unsere Art zu  
33 leben und zu arbeiten durch die Digitalisierung in kürzester Zeit stark verändert  
34 und wird es weiterhin tun. Die FDP will dieser digitalen Transformation nicht nur  
35 vom Spielfeldrand aus zusehen, sondern aktiv das Spiel mitgestalten. Mit den  
36 richtigen Ideen soll die Metropole Ruhr dabei im Land eine Vorreiterrolle  
37 einnehmen. Die Region muss zu dem zentralen und wegweisenden Standort in  
38 Nordrhein-Westfalen bei der Digitalisierung werden.

40 Technologien dafür sind alle schon vorhanden. Einer stärkeren Digitalisierung ist  
41 weniger mit Bedenken entgegenzutreten, sondern vielmehr sollten die Chancen  
42 darin erkannt werden, den Alltag einfacher, vielfältiger und lebenswerter zu  
43 gestalten. Die Digitalisierung eröffnet den Menschen eine neue Zeitsouveränität

1 und neue Möglichkeiten bei der Vereinbarung von Familie und Beruf. Wenn es  
2 zukünftig immer öfter um projektbezogene Tätigkeiten gehen wird und immer  
3 weniger darum, an einem genauen Ort oder zu einer spezifischen Zeit zu  
4 arbeiten, bietet die Digitalisierung mit Homeoffice und mobiler Arbeit viele neue  
5 Chancen. Die Digitalisierung eröffnet Menschen mit körperlichen  
6 Beeinträchtigungen neue Wege, mit einem größeren Umfeld in Kontakt zu treten.  
7 Die FDP will Chancen für jeden Einzelnen schaffen. Dafür brauchen wir  
8 Innovation, denn sie ist unverzichtbar für wirtschaftlichen Wohlstand, Wachstum  
9 und damit für unsere Zukunftsfähigkeit.

10  
11 Zu einer verantwortungsvollen Politik gehört aber auch dazu, sich der Risiken und  
12 Gefahren bewusst zu sein, die mit der Digitalisierung einhergehen können. Die  
13 Digitalisierung stellt eine kulturelle Revolution in unserem Alltag dar, die viele  
14 Veränderungen mit sich bringt, auf die unsere Gesellschaft zum Teil noch  
15 geeignete Antworten finden muss. Die FDP will diesen Prozess begleiten und die  
16 Menschen in unserer Region für einen sorgsamen Umgang mit Daten  
17 sensibilisieren. In einer digitalen Gesellschaft muss der Schutz persönlicher und  
18 personenbezogener Daten vor Datenmissbrauch stets sichergestellt sein.

### 20 **Digitalisierung im öffentlichen Raum als Grundlage regionaler Entwicklung**

21  
22 Ein Gigabit-Internet ist die notwendige Basis zur Digitalisierung und  
23 Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Daher fordert die FDP einen raschen und  
24 technologieoffenen Ausbau der Netzinfrastruktur zum Beispiel durch  
25 Glasfaserausbau und modernste 5G-Funktechnologie. Noch heute gibt es in der  
26 Metropole Ruhr Wohngebiete mit Datenverbindungen unter 16 MBit/s beim  
27 kabelgebundenen Datenverkehr und maximal Edge-Geschwindigkeit im  
28 Mobilfunk. Wo technisch keine Glasfaserleitungen verlegt werden können, muss  
29 ein Hochgeschwindigkeitsmobilfunk diese Lücke schließen. Beginnend mit den  
30 Stadtzentren braucht die Metropole Ruhr freie Wifi-Netzwerke im öffentlichen  
31 Raum.

### 33 **Digitalisierung in der Wirtschaft und Verwaltung als Motor der Gesellschaft**

34  
35 Die Digitalisierung verändert in vielen Branchen und Bereichen der Wirtschaft  
36 grundlegend die Spielregeln des Wettbewerbs. Neben einer verkehrstechnisch  
37 hervorragenden Anbindung ist in heutiger Zeit auch eine moderne, stabile und  
38 wettbewerbsfähige Breitbandanbindung ein entscheidendes Kriterium für den  
39 Standortausbau bestehender und die Standortauswahl neuer Unternehmen. Für  
40 viele Unternehmen und Arbeitsplätze wird dies zukünftig eine unabdingbare  
41 Voraussetzung sein, um am Markt bestehen zu können. Daher müssen beim  
42 flächendeckenden Glasfaserausbau die Gewerbegebiete mit Priorität behandelt  
43 werden.

1  
2 Wo die Digitalisierung alles ändert, da muss sich auch die Verwaltung ändern.  
3 Wir brauchen in der öffentlichen Verwaltung mehr Fähigkeit und vor allem auch  
4 die Bereitschaft zu Innovation und Erneuerung. Zum Bürokratieabbau bietet die  
5 Digitalisierung großartige Möglichkeiten: Wartezeiten auf dem Amt, Papier- und  
6 Formularflut, Telefonwarteschleifen – all dies kann bald der Vergangenheit  
7 angehören, wenn Verwaltungsvorgänge einfach digital auf einem zentralen  
8 Behördenportal erledigt werden können. Digitalisierung ist eine komplexe  
9 Querschnittsaufgabe - auch in unserer Verwaltung.

10  
11 Verwaltungsprozesse müssen sich weniger an bürokratischen Abläufen der  
12 Vergangenheit orientieren und vielmehr aus Sicht des Nutzers gedacht werden.  
13 Die FDP fordert, dass die mit der digitalen Transformation einhergehende  
14 Prozessoptimierung dazu genutzt wird, die Servicequalität der öffentlichen  
15 Verwaltung erheblich zu verbessern – auch für die Unternehmen mit der  
16 Gewährleistung eines Höchstmaßes an Erreichbarkeit, digital und im direkten  
17 Kontakt. Nach dem „Once-Only“-Prinzip müssen Informationen auf Wunsch  
18 zudem nur einmal übermittelt werden. Dabei muss auch die  
19 Nutzungstransparenz- und Kontrollmöglichkeit über die Daten gewährleistet sein.  
20 One-Stop-Shops als Anlaufstelle für sämtlicher Bürgerservices müssen zur Regel  
21 werden.

### 22 23 **Gemeinsames Rechenzentrum für die Metropole Ruhr**

24  
25 Schnelle Erfolge werden aber nicht gelingen, wenn in einem Ballungsraum wie  
26 der Metropole Ruhr jede Gemeinde beim Aufbau einer digitalen Infrastruktur eine  
27 eigene Agenda verfolgt. Deshalb fordert die FDP, dass Kompetenzen zentral im  
28 RVR gebündelt werden und ein gemeinsames Rechenzentrum für die Metropole  
29 Ruhr aufgebaut wird. Die bestehenden E-Governmentgesetze von Bund und  
30 Land müssen ambitioniert genutzt werden. Im Vordergrund stehen dabei  
31 einheitliche Standards für alle Städte in der Metropole Ruhr. In einer Region, in  
32 der so viele Menschen auf engstem Raum zusammenleben und Städte und  
33 Gemeinden fließend ineinander übergehen, ist es nicht vermittelbar, wenn  
34 Verwaltungsabläufe unterschiedlich und mit verschiedenen Laufzeiten  
35 gehandhabt werden. Hierbei ist entscheidend, dass auch das zentral  
36 bereitgestellte Behördenportal ständig optimiert wird.

37  
38 Die Verwaltungen der einzelnen Städte und Gemeinden in der Metropole Ruhr  
39 müssen über das zentrale Behördenportal besser miteinander vernetzt werden  
40 und ein schnellerer Datenaustausch untereinander ermöglicht werden. So lässt  
41 sich beispielsweise ein besseres Flächenmanagement realisieren, welches nicht  
42 an den Stadtgrenzen endet.

1 Mit einem zentral geführten Rechenzentrum will die FDP die Aktualität der  
2 Systeme und eine höchst mögliche Verfügbarkeit der Inhalte sicherstellen. Mit  
3 regelmäßig stattfindenden Security-Audits durch entsprechend zertifizierte  
4 externe Dienstleister müssen den Menschen im Ruhrgebiet die größtmögliche  
5 Sicherheit und der Schutz ihrer persönlichen Daten garantiert werden. Der  
6 Umgang mit Daten und Informationen muss für die Bürgerinnen und Bürger  
7 transparent sein.

## 8 9 **5. Die Metropole Ruhr – Für eine ideologiefreie Mobilität in einer** 10 **leistungsfähigen und modernen Verkehrsinfrastruktur**

11  
12 Individuelle Mobilität ist ein wichtiges persönliches Bedürfnis für alle Bürger in  
13 einer modernen Gesellschaft. Eine bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur ist  
14 zugleich entscheidende Voraussetzung für Wachstum, Beschäftigung und  
15 Wohlstand in unserer Metropolregion. Damit das Ruhrgebiet im internationalen  
16 Standortwettbewerb bestehen kann, braucht es eine moderne und leistungsfähige  
17 Infrastruktur. Den Erhalt, die Modernisierung und den bedarfsgerechten Ausbau  
18 der Verkehrswege wird die FDP daher zu einem Schwerpunkt ihrer  
19 Regionalpolitik machen.

20  
21 Die FDP steht dabei für eine ideologiefreie Verkehrspolitik: Alle Bürger sollen frei  
22 von staatlicher Bevormundung selber entscheiden können, welches  
23 Verkehrsmittel in welcher Situation für sie das geeignete ist. Politische  
24 Quotenvorgaben für den Modal Split einzelner Verkehrsträger lehnen wir daher  
25 entschieden ab. Aufgabe der öffentlichen Hand ist es, die notwendigen  
26 Verkehrswege vorzuhalten. Das Ruhrgebiet braucht intakte Straßen, Schienen  
27 und Brücken. Die Potentiale der Digitalisierung werden wir nutzen, um die  
28 Effizienz der Verkehrsnetze zu erhöhen und neue Mobilitätskonzepte zu  
29 ermöglichen. Staumanagement ist ebenso unser Anliegen wie ein attraktives und  
30 effizientes ÖPNV-Angebot.

### 31 32 **Zukunftweisender Ausbau der Verkehrswege**

33  
34 Die FDP tritt für die nachholende Sanierung, die kontinuierliche Erhaltung und die  
35 bedarfsgerechte Erweiterung der Verkehrsinfrastruktur bei Straßen und Schienen  
36 ein. Der Straße kommt dabei als Rückgrat des Gesamtverkehrssystems eine  
37 hervorgehobene Bedeutung für verschiedene Verkehrsträger und Anbieter zu.

38  
39 Im Fernstraßennetz ist insbesondere die Leistungsfähigkeit der Nord-Süd-  
40 Verbindungen zu erhöhen. Dazu gehört gerade auch der vollständige Weiterbau  
41 der A 52 vom Autobahnkreuz Essen-Ost bis Gelsenkirchen-Buer. Die A 52 ist  
42 gerade auch ein wichtiger Entwicklungsfaktor für die Entwicklung im nördlichen  
43 Ruhrgebiet. Ein möglichst großer Teil der Trassenführung sollte dabei in

1 Tunnellage erfolgen. Wir streben grundsätzlich eine durchgängige  
2 Sechsspurigkeit der wesentlichen Autobahnen im Kernruhrgebiet an. Wichtige  
3 Gewerbeflächen benötigen eine direkte Anbindung an die Verkehrsachsen der  
4 Region. Relevante Areale wie den NewPark oder das alte Opel-Gelände will die  
5 FDP unmittelbar ans Fernstraßennetz anschließen. Der Rhein-Ruhr-Express  
6 benötigt eine leistungsfähige Trassenführung. Ein bedarfsgerechter Anschluss  
7 der Region ans Fernverkehrsnetz durch eine ausreichende Anzahl von ICE-  
8 Haltepunkten ist weiterhin notwendig.

9  
10 Sanierung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sollten verkehrsträger- und  
11 baulastträgerübergreifend erfolgen, um positive Synergien zu heben und  
12 Beeinträchtigungen zu vermeiden. Das heutige regionale Radwegenetz dient  
13 insbesondere dem Freizeitverkehr. Der Bau von Radwegen und Radautobahnen  
14 darf die Leistungsfähigkeit vorhandener Verkehrswege für andere  
15 Verkehrsteilnehmer nicht unverhältnismäßig beeinträchtigen.

16  
17 Wir erwarten, dass Planungen für Verkehrsinfrastruktur umfangreicher und  
18 frühzeitiger in Angriff genommen und schneller umgesetzt werden. Baureife  
19 Projekte müssen auf Halde vorhanden sein, um bewilligte Mittel zeitnah  
20 verwenden zu können. Die Einschränkungen infolge von Baumaßnahmen sind  
21 durch ein wirksames Baustellenmanagement möglichst gering zu halten.

22  
23 Die Inanspruchnahme der Verkehrswege hängt auch von den Kapazitäten des  
24 ruhenden Verkehrs ab. Parkplätze für Lkw und Pkw sind in der  
25 Infrastrukturplanung bedarfsgerecht zu berücksichtigen, um unnötigen Park-  
26 Such-Verkehr sowie Gefahrensituationen zu vermeiden.

27  
28 Die bestehenden Wasserstraßen sind ein wichtiger Bestandteil der verkehrlichen  
29 Infrastruktur und ebenso ein wirtschaftlicher Entwicklungsfaktor. Die FDP will  
30 daher die Kanäle sanieren und bedarfsgerecht ausbauen. Zur Ertüchtigung der  
31 Wasserwege sind die Schleusenanlagen zu modernisieren und Durchfahrtshöhen  
32 bei Brückenbauwerken anzupassen.

### 33 34 **Vermeidung von Fahrverboten für die Menschen in unserer Region**

35  
36 Die FDP tritt für ein konsistentes Gesamtpaket der Luftreinhaltung zur  
37 Vermeidung von Fahrverboten ein. (Diesel-)Fahrverbote oder neue  
38 Zufahrtsbeschränkungen (wie die Einführung einer Blauen Plakette) lehnt die  
39 FDP ab. Diese würden zu unverhältnismäßigen Belastungen und faktischen  
40 Enteignungen kleiner Gewerbetreibender sowie von Bürger führen, die sich  
41 permanente Neuanschaffungen wirtschaftlich nicht leisten können. Statt dessen  
42 setzen wir uns dafür ein, dass Flottenfahrzeuge, die große Fahrleistungen in  
43 Innenstädten erbringen, schnell auf emissionsarme Antriebe umgestellt werden.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43

## **Digitalisierungspotentiale nutzen**

Die fortschreitende Digitalisierung auch in Fahrzeugen wollen wir nutzen, um mit moderner Verkehrstelematik Staus bereits in der Entstehung zu vermeiden und alle Verkehrsmittel sinnvoller, flexibler und bedarfsgerechter zum Einsatz zu bringen. Die noch viel zu strengen Regeln des Personenbeförderungsgesetzes gehören modernisiert, um neue preiswertere Anbietermodelle für Mobilität zu ermöglichen.

## **Notwendiger Wettbewerb und mehr Effizienz im öffentlichen Nahverkehr**

Derzeit führen immense öffentliche Ausgaben für den Nahverkehr nicht zur Steigerung von dessen Qualität, Kundenfreundlichkeit oder Leistungsfähigkeit, da ineffiziente Strukturen bestehen und sinnvolle Anreizsysteme fehlen. Die FDP strebt daher eine drastische Reduktion und Verschlinkung bei den zahlreichen Nahverkehrsgesellschaften und deren umfangreichen Verwaltungsstrukturen sowie mehr Transparenz an.

Ferner fordert die FDP einen Systemwechsel in der Verkehrspolitik: Notwendige Verkehrswege bei Schiene und Straße sind Teil der Daseinsvorsorge und werden öffentlichen bereitgestellt. Dieser Fahrweg ist dann aber für alle Anbieter in einem fairen Wettbewerb zugänglich und nutzbar. So wie wir auch Mobilitätsalternativen zum Taximonopol schaffen wollen, benötigen wir auch Anbieterwettbewerb im Schienenverkehr. Nahverkehrsleistungen gehören vollständig in fairen und transparenten Bieterverfahren ausgeschrieben und nicht länger über jahrzehntelange Zeiträume im VRR-Gebiet monopolistisch vergeben.

Den Nahverkehrsunternehmen obliegt es, mit neuen Beförderungskonzepten im Markt erfolgreich zu sein und eine höhere Kundenorientierung bei Pünktlichkeit, Sicherheit, Sauberkeit und Schnelligkeit zu erreichen.

Auch die Förderkulisse des ÖPNV bedarf einer Anpassung. Drohende Rückzahlungsverpflichtungen bei lange zurückliegender Förderprogramme dürfen nicht zum Erhalt unrentabler Strecken oder Verkehrsträger führen, die angestrebte Barrierefreiheit ist maßvoll und auf einer realistischen Zeitachse anzulegen. Verkehrsleistungen müssen realistische Preise bekommen, eine erzwungene Drittnutzerfinanzierung lehnt die FDP ab.

## **Smart City und Testlabor für autonome Elektromobilität**

Die Ruhr-FDP unterstützt die im Rahmen der Ruhrkonferenz geforderten Leitprojekte mit internationaler Strahlkraft. „Smart City“ ist dabei ein Projekt, in

1 dem das Leben, Arbeiten und die Mobilität der Zukunft mit vielen Menschen auf  
2 engstem Raum entwickelt werden kann. Projekte und Planungen dürfen dabei  
3 nicht an Stadtgrenzen Halt machen oder an kommunalen Eifersüchteleien der im  
4 Rathausturmdenken verwurzelten Städte scheitern. Das Revier benötigt Hilfen  
5 von Bund und EU, um ein verkehrsträgerübergreifendes Sonderprogramm  
6 aufzulegen. Dazu zählt eine flächendeckende Infrastruktur für autonomes Fahren  
7 und E-Mobilität ebenso wie ein die Stadtgrenzen überwindendes  
8 Nahverkehrskonzept.

9  
10 Die Ruhrregion gilt es zu einer weltweit führenden Mobilitätsregion auszubauen.  
11 Verdichtete und pendlerreiche, gleichzeitig aber vielfältige und landschaftlich  
12 abwechslungsreiche Räume bieten sich besonders an, um die Mobilität der  
13 Zukunft zu testen und voranzubringen. In Kooperation mit geeigneten Partnern  
14 soll die Region zu einem Testlabor für autonome Elektromobilität ausgebaut  
15 werden. Dazu gehören Ladestationen und -konzepte, smarte Verkehrsleitsysteme  
16 und -schilder und entsprechende Kommunikationssysteme. Auf Basis dieser  
17 Infrastruktur können neue Konzepte, Ideen und Technologien entstehen, die nicht  
18 nur die Mobilität der Zukunft gestalten, sondern gleichzeitig neue  
19 Wertschöpfungs- und Zukunftschancen für das Ruhrgebiet schaffen. Weitere  
20 mögliche Technologien, die eingebunden werden können, sind beispielsweise  
21 Lieferdrohnen.

## 22 23 **6. Die Metropole Ruhr – Für eine lebenswerte Umwelt und zukunftsfähige** 24 **Energieversorgung**

25  
26 Der Strukturwandel hat in den letzten Jahren aus NRW und damit auch aus der  
27 Metropole Ruhr aus einer ehemals stark industriell und Bergbau geprägten  
28 Region eine Region mit zahlreichen Flächen gemacht, bei denen sich die Natur  
29 ihren Raum zurück erobert hat. Diese sicht- und messbaren Verbesserungen  
30 haben aus dem ehemals schmutzigen Ruhrgebiet eine vorzeigbare und auch  
31 touristisch interessante Region gemacht.

### 32 33 **Umweltstandards in Deutschland harmonisieren**

34  
35 Die FDP will das Land entfesseln. Dazu gehört auch eine Überprüfung der heute  
36 viel zu engen und bürokratischen Standards im Umweltschutz. Wir setzen uns  
37 dafür ein, dass hier die Bürger und Unternehmen gegenüber anderen Regionen  
38 in Deutschland nicht schlechter gestellt werden, weil sie die Überregulierungen zu  
39 finanzieren haben. Umwelt- und Naturschutz machen weder an den Grenzen der  
40 Ruhrregion, noch an den Landesgrenzen halt. Die FDP fordert daher eine  
41 nationale wie europäische Überprüfung und Harmonisierung bestehender  
42 Umweltstandards, um einheitliche Regularien für den Umwelt- und Naturschutz  
43 zu ermöglichen.



1  
2 Auch sollten die bereits erlassenen umweltschutzbezogenen Gesetze (wie  
3 Stellung der Naturschutzbeiräte, Klagemöglichkeiten von Naturschutzvereinen,  
4 Schaffung von Ausgleichsflächen für Eingriffe in Natur und Landschaft) überprüft  
5 und bei Bedarf korrigiert werden.  
6

7 Konzepte, um Umweltschutz und das Leben der Menschen in Einklang zu  
8 bringen, müssen stärker gefördert werden. Hierbei zählen sicherlich auch  
9 Digitalisierung (durch Homeoffice und Telekonferenzen wegfallende Fahrwege)  
10 und einfacherer Bauvorschriften, um zum Beispiel die Nachverdichtung in  
11 bereits dichtbesiedelten Gebieten zu vereinfachen und somit einen weiteren  
12 Flächenverbrauch in der Region zu verhindern. Auch der Flächenverbrauch von  
13 Windenergieanlagen muss hierbei berücksichtigt werden. Die Akzeptanz der  
14 Bevölkerung bei der Verspargelung ihrer Naturlandschaft sinkt zunehmend. Die  
15 aktualisierten Abstandsregelungen für neu zu errichtende Anlagen sind hier ein  
16 Schritt in die richtige Richtung.  
17

### 18 **Zukunftsfähige Energieversorgung für die gesamte Region sichern**

19

20 In NRW und damit auch in unserer Metropolregion haben zahlreiche Firmen ihren  
21 Sitz, die bei ihren Produktionsprozessen einen hohen Energieverbrauch und hier  
22 vor allem einen hohen Stromverbrauch aufweisen. Um eine stetige Versorgung  
23 zu gewährleisten, wird in NRW immer noch ein hoher Anteil des Stroms aus  
24 Braunkohle gewonnen. Um für den langfristig geplanten Kohleausstieg vorbereitet  
25 zu sein, muss in Deutschland die Forschung und Entwicklung von  
26 Stromspeichern verstärkt werden. Hierfür bietet unsere Region mit seinen starken  
27 naturwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen eine gute Basis. Fördergelder  
28 sollten hier gezielt eingeworben und eingesetzt werden, um die Region zu einem  
29 Forschungsschwerpunkt in Sachen Umweltschutz und Energiespeicherung zu  
30 machen.  
31

### 32 **7. Die Metropole Ruhr – Für eine moderne und leistungsfähige Schul- und** 33 **Wissenschaftslandschaft**

34

35 Beste schulische Bildung wird für die weitere Entwicklung der Metropole Ruhr von  
36 herausragender Bedeutung sein. Die Region Ruhr braucht eine durch Vielfalt  
37 geprägte Schullandschaft mit modernen und starken Schulen für alle Talente. Sie  
38 müssen in der Lage sein, Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen und  
39 Chancengerechtigkeit zu garantieren. Schon heute leisten viele Schulen und ihre  
40 Lehrerinnen und Lehrer in der Region Ruhr hervorragende Arbeit und bewältigen  
41 mit größtem Engagement enorme Herausforderungen, die sich oftmals aus einer  
42 sehr heterogenen Schülerschaft mit unterschiedlichsten Lernvoraussetzungen  
43 ergeben. Dennoch oder gerade deshalb brauchen die Schulen in der Region

1 weitere und gezielte Unterstützung durch die ihre Schulträger, durch das Land  
2 und auch durch außerschulische Partner aus den jeweiligen Stadtteilen und  
3 Quartieren.

#### 4 5 **Investitionsoffensive für modernen Schulraum und digitale Schulen**

6  
7 Den Schulträgern im RVR-Gebiet stehen in den Jahren von 2017 bis 2020 mit der  
8 Schulpauschale sowie mit investiven Sonderprogrammen des Bundes und des  
9 Landes insgesamt 1,9 Mrd. Euro für Investitionen in moderne Schulgebäude zur  
10 Verfügung. Die Schulträger sind gefordert, weiterhin massiv in modernen  
11 Schulraum und Schulausstattung zu investieren und hierzu die notwendigen  
12 Planungskapazitäten vorzuhalten. Seitens des Landes ist rechtzeitig zu prüfen,  
13 ob eine Verstetigung der Sonderinvestitionsprogramme über das Jahr 2020  
14 hinaus ermöglicht werden kann.

15  
16 Die Schulen der Region Ruhr müssen fit sein für die Herausforderungen der  
17 Digitalisierung. Das Land wird hierzu die notwendigen Maßnahmen im Bereich  
18 der Lehreraus- und Lehrerfortbildung finanzieren und hierzu sowie für die  
19 Unterrichtsgestaltung (Medienkompetenzrahmen) die notwendigen  
20 pädagogischen Konzepte erstellen. Darüber hinaus müssen die Schulträger ihre  
21 Schulen an ein leistungsfähiges Internet anschließen und mit digitaler  
22 Infrastruktur ausstatten. Hierzu brauchen das Land und vor allem die Schulträger  
23 die schnelle Unterstützung aus dem „Digitalpakt Schule“ des Bundes. Das Land  
24 prüft, ob dabei die finanzielle Leistungsfähigkeit der Schulträger Berücksichtigung  
25 finden sollte. Zudem ist zu klären, ob und in welchem Umfang die Schulträger für  
26 dauerhaft erhöhte Betriebs- und Wartungskosten durch das Land zu unterstützen  
27 sind.

#### 28 29 **Erreichbare Grundschulen und Verbesserung der Ganztagsangebote**

30  
31 Für alle Kinder beginnt in der Grundschule die schulische Laufbahn. Sie soll auch  
32 in Zukunft bis zum Übergang in die Sekundarschule I eine Schule für alle Kinder  
33 bleiben. Nach dem Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“ sollten die Schulträger  
34 eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige Versorgung mit Grundschulen  
35 sicherstellen.

36  
37 Die Grundschulen müssen gleichberechtigt an den Investitionsmöglichkeiten der  
38 Schulträger beteiligt werden und brauchen modernen Schulraum mit  
39 Differenzierungsmöglichkeiten und zusätzlichen Schulraum für  
40 Ganztagsangebote. Das Platzangebot im offenen Ganztage ist nach dem  
41 tatsächlichen Bedarf vorzuhalten.

1 Bei den weiterführenden Schulen steht die Schaffung von gebundenen  
2 Ganztagschulen möglichst in allen Schulformen im Vordergrund. So soll bei  
3 allen weiterführenden Schulformen die Wahlfreiheit zwischen Halb- und  
4 Ganztagsangeboten sichergestellt werden.

### 6 **Schulische Inklusion verbessern – Förderschulsystem sichern**

7  
8 Im Interesse eines echten Wahlrechtes für Eltern sollen die Bedingungen für die  
9 Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinen  
10 Regelschulen verbessert und zugleich der Erhalt einer leistungsfähigen  
11 Förderschullandschaft in der Region Ruhr sichergestellt werden.

12  
13 Die Schulträger wirken im Schulterschluss mit den Schulleitungen und der  
14 Schulaufsicht daran mit, ausreichend Schulplätze zur Sicherung der schulischen  
15 Inklusion an Regelschulen zur Verfügung zu stellen. Hierzu stimmen sie sich  
16 interkommunal ab. Zudem setzen sie die Mittel aus dem Inklusionsfördergesetz  
17 treffsicher für Barrierefreiheit, räumliche Ausstattung, Schulbegleitung und  
18 zusätzlich unterstützendes Personal ein.

19  
20 Das Land schafft über die flexible Ausgestaltung der Mindestgrößenverordnungen  
21 faire Chancen für den Erhalt der Förderschulen in der Region Ruhr und sorgt so  
22 im Interesse des Wahlrechtes der Eltern für ein erreichbares Förderschulangebot.  
23 Die Schulträger in der Metropole Ruhr stimmen sich hinsichtlich der Schaffung  
24 eines regional abgestimmten und passgenauen Förderschulangebotes ab.

### 26 **Aufstieg durch Bildung: Ungleiches ungleich behandeln!**

27  
28 Gerade in der Region Ruhr sind die Lernentwicklung und der Bildungserfolg von  
29 Kindern in vielen Stadtteilen und Quartieren immer noch sehr stark von der  
30 sozialen Herkunft und dem gesellschaftlichen Umfeld der Schülerinnen und  
31 Schüler abhängig. Ziel muss es sein, solche Entwicklungen zu durchbrechen und  
32 für ganze Schulstandorte und Quartiere ganzheitliche Entwicklungsperspektiven  
33 aufzuzeigen und dabei die Talente aller Schüler zu nutzen. Hier gilt es, mit  
34 vereinten Kräften gezielte Unterstützung zu leisten.

35  
36 Erforderlich ist eine Ausstattung der Schulen, welche die sozialen Belastungen  
37 möglichst jeder einzelnen Schule berücksichtigt. Notwendig ist daher eine  
38 stärkere Verteilung der Ausstattung der Schulen mit Personal und Sachmitteln  
39 nach einem Sozialindex. Der bisherige Kreissozialindex soll hier verstärkt zur  
40 Anwendung kommen. Darüber hinaus könnte ein weiterer Belastungsindex zur  
41 Anwendung kommen, mit dem eine Steuerung bis auf die Ebene von einzelnen  
42 Schulen möglich wäre.

1 Talentschulen sind ein Baustein, um soziale Nachteile im Bildungsbereich zu  
2 überwinden. Auch sie sollen einen Beitrag dazu leisten, dass die soziale Herkunft  
3 nicht über den Bildungserfolg entscheidet. Mit den Talentschulen soll gezeigt  
4 werden, dass die Leistungen von Schülern an Schulen in Stadtteilen mit großen  
5 sozialen Herausforderungen durch besondere unterrichtliche Konzepte,  
6 zusätzliche Ressourcen und Unterstützung bei der Schulentwicklung nachweisbar  
7 gesteigert werden können. Die Schulträger sind aufgefordert, sich im  
8 Zusammenwirken mit den Schulleitungen aktiv am Schulversuch zu beteiligen  
9 und den Schulen die notwendige Unterstützung zu geben.

10  
11 Das Land sollte zusammen mit dem NRW-Zentrum für Talentförderung in  
12 Gelsenkirchen prüfen, ob die institutionell ausgerichtete Förderung der  
13 Talentschulen unter Einbeziehung der Talentscouts durch eine individuelle  
14 Förderung durch Schülerstipendien ergänzt und ausgebaut werden kann.  
15 Ausgangspunkt sollte hierbei das auch von der RAG-Stiftung unterstützte  
16 Schülerstipendium „Ruhrtalente“ sein.

17  
18 Das Talentkolleg Ruhr der Westfälischen Hochschule sollte dauerhaft gesichert  
19 werden. Die Vernetzung von Talentscouting, Schulen und dem Talentkolleg Ruhr  
20 ist ein erfolgreiches und vor allem innovatives Bildungsangebot, welches es gilt  
21 auf Dauer zu sichern.

22  
23 Das Land wird aufgefordert, die Lehrerversorgung an Schulstandorten in der  
24 Region Ruhr sicherzustellen, die unter Bewerbermangel leiden. Hierzu sind  
25 geeignete Maßnahmen zur Lehrgewinnung zu entwickeln. Denkbar wären ein  
26 verstärkter Einsatz des sogenannten Listenverfahrens, sogenannte „privilegierte  
27 Ausschreibungen“ und die Gewährung von Sonderzuschlägen für die  
28 Erstgewinnung von Lehrkräften. Möglich wäre auch eine Stärkung von  
29 Ausbildungsregionen durch Zuweisung einer höheren Anzahl an  
30 Lehramtsanwärtern in schwer zu versorgenden Regionen. Insgesamt ist der  
31 Lehrerberuf darüber hinaus auch durch eine für alle Lehrämter gerechte  
32 Lehrerbesoldung attraktiver zu gestalten. Dabei ist die Reform der  
33 Lehrerausbildung aus dem Jahr 2009 sowie die Besoldung der  
34 Bestandslehrkräfte nach der damaligen Lehrerausbildung zu berücksichtigen.

35  
36 In einem Bündnis aus Land, Schulträgern und Stiftungen könnten nach dem  
37 Vorbild des „Duisburger Modells“ Modellprojekte zur Verringerung der Vakanzen  
38 für Schulleitungen umgesetzt werden.

39  
40 Die fachlich wichtige Arbeit der Schulsozialarbeiter in den Kommunen ist zu  
41 erhalten. Sie ist entscheidend dafür, dass die Leistungen des Bildungs- und  
42 Teilhabepaket auch bei denen ankommen, die auf sie angewiesen sind. Zur  
43 Finanzierung des Landesprogramms „Soziale Arbeit an Schulen im Rahmen des

1 Bildungs- und Teilhabepakets“ stellt das Land Nordrhein-Westfalen seit dem Jahr  
2 2015 jährlich rd. 47,7 Mio. Euro zur Verfügung. Das Programm ist bis 2021 durch  
3 den Landeshaushalt gesichert.

#### 5 **Wissenschafts- und Forschungsregion Ruhr**

7 Die Region Ruhr hat das Potential, sich zu einer der bedeutendsten und  
8 leistungsfähigsten Wissenschaftsregionen in Deutschland zu entwickeln. Die  
9 Wissens- und Forschungsmetropole Ruhr soll in den nächsten Jahren im  
10 nationalen wie internationalen Wettbewerb zur Spitze aufzuschließen. Es gibt an  
11 den Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region hervorragende  
12 Leistungen im Bereich Lehre, Innovation und Technik. Zur Erreichung von  
13 Spitzentechnologie und Exzellenz in Forschung und Lehre sollten vorhandene  
14 Potentiale und Stärken weiter gebündelt werden.

15  
16 Hierzu haben die Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen mit der  
17 Bildung der Universitätsallianz Ruhr wegweisende Vorarbeiten geleistet. Der  
18 Ansatz ist weiter zu verfolgen und zu einer gemeinsamen Marke für die  
19 Wissenschafts- und Forschungsregion Ruhr fortzuentwickeln. Dabei sind die  
20 Fachhochschulen sowie die Folkwang-Hochschule als wesentlicher Bestandteil  
21 der Wissenschaftslandschaft stärker als bislang in die wissenschaftliche  
22 Metropolregion Ruhr einzubeziehen.

23  
24 Mit einer gemeinsamen Marke ist nicht ein verstärkter Fusionsprozess mit  
25 übergreifenden Strukturen gemeint. Sinnvoller erscheint neben dem Gebot der  
26 Profilierung eher eine arbeitsteilige und ressourcenschonende Kooperation  
27 zwischen den Standorten in den Bereichen Lehre, Forschung und Transfer.

28  
29 Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind wesentlicher Bestandteil  
30 der Wissenschaftsregion Ruhr. Die Zusammenarbeit mit den Universitäten muss  
31 in inhaltlicher und finanzieller Hinsicht gestärkt werden. Wichtig bleibt vor allem  
32 die Ansiedlung neuer Forschungseinrichtungen. Ziel neuer Ansiedlungen muss es  
33 auch sein, durch gezielte Kooperationen mit außeruniversitären  
34 Forschungseinrichtungen eine erfolgreiche Teilhabe der Metropole Ruhr an  
35 nationalen und internationalen Forschungsprogrammen sicherzustellen.

36  
37 Die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft ist elementarer Bestandteil  
38 einer wissenschaftlichen Metropolregion. Das Ruhrgebiet leidet nach wie vor  
39 unter einem Mangel an wachstumsstarken kleinen und mittelständischen  
40 Unternehmen und vor allem unter einer fehlenden Gründermentalität.

41  
42 Es gilt daher, die bestehende Unterstützungsstruktur für Gründer und kleine  
43 Unternehmen weiter auszubauen und treffsicherer zu gestalten, die Hochschulen,

1       Forschungseinrichtungen, Technologiezentren und die relevanten Cluster wie  
2       Brancheninitiativen stärker in das Gründungsgeschehen einzubeziehen und  
3       Beiträge zur Sicherung der Finanzierung innovativer Unternehmensgründungen –  
4       von der Gründungsphase bis in die Wachstumsphase – zu leisten.

5  
6       Zur Steigerung der Attraktivität und Leistungsfähigkeit der Wissenschafts- und  
7       Forschungsmetropole Ruhr muss die Modernisierung der Hochschulbauten  
8       dringend vorangetrieben werden.

## 9 10       **8. Die Metropole Ruhr – Für eine gelebte Integration in einer vielfältigen** 11       **Region**

12  
13       Gerade im Ruhrgebiet wissen die Menschen, wie Integration gelingen kann. Über  
14       ein Jahrhundert lang ist eine große Anzahl an Menschen aus Osteuropa zu uns  
15       einwandert. Viele davon wollten zunächst unter sich bleiben, haben sich aber  
16       mittlerweile gut integriert. Dreh- und Angelpunkt ist bei der Integration  
17       insbesondere die Sprache. Mit unserer Erfahrung müssen wir darauf achten, dass  
18       der Sprachförderung in der Metropolregion besonderes Gewicht beigemessen  
19       wird, um Sprachbarrieren in der Kommunikation und beim Kontakt  
20       entgegenzuwirken.

21  
22       Die Integration geflüchteter Menschen ist eine der größten und gleichzeitig auch  
23       aktuell spannendsten Herausforderungen unserer Gesellschaft. Neben der  
24       Integration durch Zugang zum Arbeitsmarkt und damit der Möglichkeit, ein  
25       selbstbestimmtes Leben führen zu können, stellt die Integration in die Kultur  
26       unseres Landes eine weitere Säule der Integrationspolitik dar. Der Zugang zu  
27       Vereinen und anderen kulturellen Gruppen sowie die Möglichkeit, Kultur selbst zu  
28       erleben, sei es im Theater oder beim Konzert, schlägt eine Brücke zwischen  
29       heimischen und der zu integrierenden Bevölkerung.

30  
31       Besonders im Ruhrgebiet, wo schon seit Jahren ein gemeinsames Miteinander  
32       anstatt eines Gegeneinanders gelebt wird, ist die Bedeutung von Kultur und Sport  
33       für die Integration unübersehbar. Auch die ersten „Gastarbeiter“ wurden vor über  
34       60 Jahren schnell in Fußballvereine und kulturelle Vereinigungen aufgenommen  
35       und lernten somit die neue Heimat ganz anders und im direkten Austausch mit  
36       ihren Nachbarn kennen. Die persönliche Nähe zwischen angestammter und  
37       zugezogener Bevölkerung gilt es zu fördern und auszubauen. Das gemeinsame  
38       Erleben kultureller Güter und der direkte Austausch bauen auf beiden Seiten  
39       etwaige Ressentiments ab und stärken das gemeinsame Miteinander.

40  
41       Grundlage der Zusammenarbeit bei uns ist die Werteordnung des  
42       Grundgesetzes, deren Anerkennung wir erwarten und durchsetzen müssen.  
43       Desintegrierte Parallelgesellschaften, Islamismus und Großfamilienclans mit ihren

1 eigenen Rechtsvorstellungen werden wir konsequent entgegentreten. RVR-  
2 Programme mit Migrationsbezug müssen auf diesem Grundverständnis beruhen  
3 und regelmäßig evaluiert werden.

## 4 5 **9. Die Metropole Ruhr – Für eine lebendige und vielfältige Kultur**

6  
7 Das Kulturhauptstadtjahr im Ruhrgebiet liegt mittlerweile zehn Jahre zurück. Die  
8 größte Leistung der RUHR.2010 GmbH beruhte darin, die Gemengelage  
9 unterschiedlicher wenn auch nicht widerstrebender Einzelinteressen gebündelt zu  
10 haben. 53 Städte übten damals den Schulterchluss. Auf diesen Lorbeeren darf  
11 sich die reichhaltige Kulturlandschaft Ruhrgebiet jedoch nicht ausruhen.  
12 Interkommunale Kooperationen und nachhaltige Projekte müssen immer wieder  
13 aufs Neue entwickelt werden.

### 14 15 **Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit bei Kulturangeboten**

16  
17 Das Ruhrgebiet verfügt mit den Musik- und Stadttheatern in Bochum, Dortmund,  
18 Duisburg/ Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Moers und Oberhausen  
19 sowie dem Westfälischen Landestheater Castrop-Rauxel und dem privat und  
20 öffentlich getragenen Theater an der Ruhr in Mülheim über eine hochwertige  
21 Theaterlandschaft. Diese Stärke lässt sich durch eine Optimierung der regionalen  
22 Zusammenarbeit weiter ausbauen. Die FDP schlägt daher vor, die bestehenden  
23 kulturellen Einrichtungen besser zu vernetzen und Synergien stärker zu nutzen.

24  
25 Das 2015 gegründete Theaternetzwerk RuhrBühnen muss dazu weiter ausgebaut  
26 werden. In diese Kooperation sollten auch privat getragene Bühnen einbezogen  
27 werden. Nach einer umfassenden Effizienzanalyse sollte geprüft werden, ob das  
28 Theaternetzwerk nicht in eine Theaterholding Ruhr fortentwickelt werden kann,  
29 unter deren Dach sich die Theater mit ihren weiterhin eigenen künstlerischen  
30 Profilen finden, um im technischen Bereich wie auch im Gebäudemanagement  
31 betriebswirtschaftliche Optimierungseffekte zu erzielen. Es geht dabei keines  
32 Falls um eine künstlerische Zusammenlegung, sondern um eine kostensparende  
33 organisatorische Kooperation. Diese Kooperation kann sich dabei auf Marketing,  
34 Ticketverkauf, Technik als auch auf den Werkstättenbetrieb erstrecken.

35  
36 Auch in weiteren Kulturbereichen sollte stärker auf interkommunale und vor allem  
37 regionale Zusammenarbeit gesetzt werden. Bedarfe sollten nicht nur innerhalb  
38 von Stadtgrenzen gedacht werden. Zudem kann und muss nicht jede Stadt alles  
39 anbieten.

## **Exzellenzförderung im Kulturbereich**

Die FDP spricht sich für eine Exzellenzförderung im Kulturbereich aus, wie es sie bei den Universitäten bereits gibt. Diese soll den Wettbewerb zwischen den Städten des Ruhrgebiets für und um die beste Kultur fördern. Ansätze dazu gibt es bereits durch die neue Konzeptförderung durch das Land Nordrhein-Westfalen, bei der sich Theater mit zukunftsweisenden Ideen bewerben können. Eine weitere Exzellenzförderung der Theater, die alle drei Jahre durch das Land neu ausgeschrieben wird, kann die einzelnen Städte und Theater, unabhängig ob privat oder kommunal, motivieren, ihr Programm unter anderem nach bestimmten Kriterien zu optimieren. Auch auf andere Kultursparten ließe sich ein solcher Wettbewerbsgedanken übertragen.

## **Stärkung der Kreativwirtschaft, Schaffung von bedarfsgerechten Quartieren**

Zur Stärkung der Kreativwirtschaft als Wirtschaftsbereich, dessen Produkte und Leistungen geistig schützenswertes Eigentum sind, brauchen wir im Ruhrgebiet Quartiere, die für diese Szene attraktiv sind. Durch diese Szene gelingt es, dass Kreativität und Ökonomie ineinander greifen. Preiswerte Ateliers, Werkstätten und Büros sind auch in guter Lage im Ruhrgebiet zu haben – auf diese Quartiere muss sich die Förderung im Bereich der Kreativwirtschaft konzentrieren, um attraktive Standorte für Talente anzubieten.

Kunst ist nicht nur das, was der Staat bezahlt. Viele Akteure der Kreativwirtschaft bekommen keine Subventionen, aber sind wertvolle Kulturanbieter. Die freie Szene, private Bühnen und Konzertveranstalter sowie Clubbetreiber wurden viel zu lange nach den herkömmlichen Denkmustern nicht als Kulturanbieter gesehen. Das will die FDP im Rahmen eines ganzheitlichen Kulturverständnisses ändern. Der Zugang zu den Kulturmarketingportalen und Förderprogrammen sollte daher diskriminierungsfrei öffentlichen Anbietern, freier Szene und privaten Anbietern gleichberechtigt zur Verfügung stehen.

## **Digitalisierung als Möglichkeit künstlerischer und kultureller Vermittlung**

Die Digitalisierung verändert auch den Kunst- und Kulturbereich. Dabei ist nicht nur die Produktion von Kunst betroffen, vielmehr erweitert die Digitalisierung auch die Möglichkeiten, Kunst und Kultur zu vermitteln. Digitale Angebote können sowohl das kulturelle Erbe besser schützen als auch leichter zugänglich machen. Die Ruhrkunstmuseen können dabei eine Vorreiterrolle einnehmen, indem sie sowohl ihre Dauer- als auch ihre Sonderausstellungen virtuell erlebbar machen. Die Bibliotheken im Ruhrgebiet sollten noch ihre Vernetzung weiter ausbauen und sich grundsätzlich vollkommen neu ausrichten. Eine virtuelle Ruhrbibliothek als



1 Zusammenschluss aller Bibliotheken im Ruhrgebiet kann ein Angebot  
2 unterbreiten, das längst nicht mehr an die Öffnungszeiten vor Ort gebunden ist.

### 4 **Vermarktung der Kulturmetropole als Hauptaufgabe**

6 Die Kulturpolitik des Regionalverbandes Ruhr muss es sich zum Ziel setzen, eine  
7 Klammer für die verschiedenen Angebote in den Kommunen zu bieten, um so die  
8 Vermarktung und Kooperation national und international zu erleichtern. Das  
9 Ruhrgebiet braucht dazu weiterhin symbolträchtige Bannerträger, um die Stärke  
10 und Vielfaltigkeit der Kulturmetropole zu vermitteln. Gerade die Fortentwicklung  
11 des industriekulturellen Erbes übernimmt dabei eine tragende Rolle als  
12 besonderes Alleinstellungsmerkmal. Langfristiges Ziel muss es daher sein, die  
13 „Industrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet“ auf der deutschen Tentativliste für das  
14 UNESCO-Weltkulturerbe zu platzieren. Aber auch Veranstaltungsformate wie die  
15 Ruhrgames als Symbiose aus Kultur- und Sportbelangen, die ExtraSchicht, der  
16 Day of Song oder der Tag der Trinkhallen leisten einen erheblichen Beitrag zur  
17 Kulturvermarktung des Ruhrgebiets. Konzepte dürfen dabei nicht statisch sein,  
18 sondern müssen immer wieder evaluiert und angepasst werden. Die Schaffung  
19 neuer und zusätzlicher Angebote durch den Regionalverband, die in Konkurrenz  
20 zu bereits bestehenden Angeboten in den Kommunen stehen, lehnen die Freien  
21 Demokraten hingegen ab.

## 23 **10. Die Metropole Ruhr – Für eine attraktive Freizeit- und Tourismusregion**

25 Das Ruhrgebiet ist eine attraktive Region für den Tourismus. Die  
26 Übernachtungszahlen in den Städten und Gemeinden belegen dies bereits. Das  
27 Ruhrgebiet weist schon jetzt viele attraktive touristische Angebote auf. Die  
28 Museen, die Kulturszene (darunter die Industriekultur), aber auch Sportangebote  
29 und die Revierparks ziehen jährlich zahlreiche Besucher an.

### 31 **IGA 2027 als Chance für den Tourismus in der Metropole Ruhr nutzen**

33 Um auch in Zukunft weiterhin als Region für den Tourismus attraktiv zu sein,  
34 begrüßen wir die Initiative zur Ausrichtung der Internationalen Gartenausstellung  
35 2027. Diese bietet für die Region eine unglaubliche Chance, sich einem breiten  
36 Publikum aus einer anderen Perspektive zu zeigen. Die Ausrichtung der  
37 Internationalen Gartenausstellung darf jedoch nicht zum Prestigeprojekt  
38 einzelnen Player werden, sondern sollte vielmehr als Projekt für alle im  
39 Ruhrgebiet verstanden werden.

41 Viele der Angebote für die Freizeitgestaltung im Ruhrgebiet werden durch den  
42 Regionalverband Ruhr organisiert. Dabei gibt es verschiedene Träger innerhalb  
43 der Verantwortung des Regionalverbands Ruhr. Etwaige Beteiligungen des

1 Regionalverbandes Ruhr sollten mit Blick auf die zukünftigen Herausforderungen,  
2 einer kritischen Prüfung unterzogen werden, gerade im Hinblick auf die Frage, ob  
3 solche Strukturen notwendig sind.

#### 4 5 **Revierparks für die Zukunft fit machen**

6  
7 Gerade in den Revierparks müssen die Strukturen näher in Augenschein  
8 genommen werden. Die Revierparks leisten ihren Beitrag zur Freizeitgestaltung in  
9 der Region. Aber auch diese Einrichtungen müssen für die Zukunft fit gemacht  
10 werden. Dabei gilt es, auf Basis einer Evaluation für die einzelnen Einrichtungen  
11 Konzepte zu entwickeln, wie diese langfristig tragbar sein werden. Das schließt  
12 die Frage mit ein, ob die Angebote auch durch private Träger zur Verfügung  
13 gestellt werden können. Diese Möglichkeit der Privatisierung darf bei der  
14 konzeptionellen Weiterentwicklung nicht außer Betracht gelassen werden.

#### 15 16 **eSports als wichtigen Freizeitfaktor für die Region erkennen**

17  
18 Das Ruhrgebiet ist nicht nur die Region vieler Fußballclubs, sondern ist darüber  
19 hinaus Heimat für viele verschiedene andere Sport- bzw. Freizeitvereine. Hierbei  
20 zeigt sich auch, dass die Freizeitgestaltung der Zukunft sich anders darstellen  
21 wird als bisher. Die Digitalisierung führt dazu, dass mehr und mehr Kinder und  
22 Jugendliche großen Gefallen an den sogenannten eSports finden. Es gilt auch  
23 diese als gleichberechtigte Freizeitaktivität in der Region anzuerkennen und zu  
24 fördern.

#### 25 26 **Olympiabewerbung Rhein/Ruhr 2032 unterstützen**

27  
28 Die FDP spricht sich für die Bewerbung der Region zur Ausrichtung der  
29 Olympischen Spiele 2032 aus. Die bereits vorhandene Sportstätteninfrastruktur  
30 bietet eine ideale Voraussetzung dafür. Auf Basis der guten Argumente streben  
31 wir eine Volksbefragung mit positivem Ausgang an.

32  
33